28.05.2015

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 28.05.2015

Ltg.-668/A-1/43-2015

S-Ausschuss

ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Erber, Hinterholzer, Hognl, Mag. Mandl,
Schmidl und Schuster

betreffend **Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes (NÖ MSG)**

Ziel der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist es, Armut, soziale Ausschließung und andere soziale Notlagen zu vermeiden und zu bekämpfen. Es soll hilfsbedürftigen Personen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden.

Die Regelungskompetenz für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung liegt bei den Ländern. Das Land Niederösterreich spricht sich klar dafür aus, dass hilfsbedürftigen Menschen im Wege der Bedarfsorientierten Mindestsicherung geholfen wird, diese darf aber nicht missbraucht werden. Aus diesem Grund ist die Auszahlung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Niederösterreich bereits derzeit befristet. Verschiedene Fälle aus der Praxis haben in der letzten Zeit gezeigt, dass im NÖ Mindestsicherungsgesetz weitere Anpassungen notwendig sind. Im Besonderen muss der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtert werden und müssen Maßnahmen, um den Missbrauch hintan zu halten, weiter verschärft werden.

Der vorliegende Entwurf einer Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes hat im Wesentlichen die Schaffung eines Wiedereinsteigerbonus zum Inhalt. Einerseits soll für die Hilfe suchenden Personen ein erkennbarer Anreiz für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt geschaffen werden, andererseits soll eine Verwaltungsvereinfachung bewirkt werden. Daraus resultierend wird die Regelung hinsichtlich des nicht zu berücksichtigenden Einkommens ergänzt. Konkretisiert werden darüber hinaus die Gewährung von Sachleistungen, der Gegenstand von Kontrollen und die Mitwirkungspflicht der Finanzbehörden. Dabei werden insbesondere in der Vergangenheit aufgetauchte rechts- und vollzugstechnische Probleme berücksichtigt.

Nach der bisherigen Rechtslage ist gemäß der Verordnung über die Berücksichtigung von Eigenmitteln, LGBl. 9200/2, einer Person, die vor Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zumindest sechs Monate bedarfsorientierte Mindestsicherung bezogen hat, ein Freibetrag im Ausmaß von 15% des Nettoeinkommens für die ersten 18 Monate der Erwerbstätigkeit zu gewähren. Der Freibetrag hat mindestens 7% des Mindeststandards für eine alleinstehende Person und max. 17% dieses Mindeststandards zu beantragen. Vor allem diese aufwendige Berechnung des Wiedereinsteigerfreibetrages hat in der Praxis für Unklarheit gesorgt. Im Übrigen hat sich gezeigt, dass der Freibetrag keinen ausreichenden Effekt auf den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gehabt hat. In Zukunft soll daher im NÖ Mindestsicherungsgesetz eine eindeutige Regelung hinsichtlich eines Bonus für Wiedereinsteiger in den Arbeitsmarkt als Leistung der bedarfsorientierten Mindestsicherung geschaffen werden und die bisherige Regelung in der Verordnung über die Berücksichtigung von Eigenmitteln aufgehoben werden. Diese Leistung wird im Rahmen der Hoheitsverwaltung gewährt und wird bei der Berechnung des Einkommens nicht berücksichtigt.

Die Mitwirkungspflicht der Finanzbehörden soll erweitert und somit die rechtmäßige Kontrolle sowie Anzeigepflicht gewährleistet werden, wobei hierfür die Zustimmung der Bundesregierung nach Art. 97 Abs. 2 B-VG erforderlich ist.

Zu Z. 3 (§ 6 Abs. 2a Z. 3 und Z. 4):

Das Einkommen, welches für die Bemessung von Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung unberücksichtigt zu bleiben hat, wird um zwei Tatbestände erweitert. Während bisher die Berücksichtigung der Einkünfte oder Anerkennungsbeträge, die der Hilfe suchenden Person im Rahmen einer Maßnahme zur Heranführung an den Arbeitsprozess durch eine regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservices oder einen vom Arbeitsmarktservice beauftragten Dienstleister sowie aus Tätigkeiten von Menschen mit besonderen Bedürfnissen im Sinne des § 24 NÖ Sozialhilfegesetz 2000, LGBl. 9200, im Rahmen einer stationären oder teil-

stationären Betreuung als Leistungsanreiz zufließen, in der Verordnung über die Berücksichtigung von Eigenmitteln geregelt wurde, werden nunmehr diese Tatbestände im NÖ Mindestsicherungsgesetz aufgenommen. Durch die vorliegende Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes ist somit auch eine Anpassung der Verordnung über die Berücksichtigung von Eigenmitteln erforderlich.

Zu Z. 4 und Z. 5 (§ 6 Abs. 2b und § 8 Abs. 2a)

Durch den Wiedereinsteigerbonus wird eine Regelung hinsichtlich der Berücksichtigung des Einkommens bei der Bemessung der Leistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung erforderlich. Der Wiedereinsteigerbonus selbst soll nur als anrechnungsfreies Einkommen bewertet werden und soll auch die Regelung hinsichtlich der Berücksichtigung von Leistungen Dritter gemäß § 8 Abs. 2 nicht zur Anwendung kommen. Die Einkünfte aus der Erwerbstätigkeit sind weiterhin zu berücksichtigen.

Zu Z. 6 und Z. 7 (§ 9 Abs.1 Z. 5 und Z.6)

Der Wiedereinsteigerbonus wird als Leistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung definiert. Dadurch sind unter anderem die Regelungen des 5. Abschnittes – die Anzeigepflicht und die Rückerstattungspflicht – anzuwenden.

Zu Z. 9 (§ 13a)

Durch die Schaffung eines Wiedereinsteigerbonus soll den Hilfe suchenden Personen wieder eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, Eigenverantwortung und auf finanzielle Perspektive gegeben werden. Ziel der Bestimmung ist es, durch den erhöhten Anreiz des Wiedereinsteigerbonus den (Wieder-)eintritt in die Erwerbstätigkeit zu fördern. Dieser Bonus soll Personen, die zumindest sechs Monate durchgehend Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bezogen haben, in der Höhe von 1/3 des Nettoeinkommens für die Dauer von bis zu 12 Monaten gewährt werden. Begrenzt wird der Bonus mit 140 % des Mindeststandards gemäß § 11 Abs. 1 Z. 1, so dass im Falle, dass das Nettoeinkommen inklusive dem Bonus

diesen Wert übersteigt, nur die Differenz vom Nettoeinkommen zu diesem Wert zu gewähren ist. Im Vergleich zur derzeit gültigen Regelung verfügt die Hilfe suchende Person dadurch über mehr Eigenmittel.

Darüber hinaus können Personen, die aufgrund der Höhe ihres Einkommens aus ihrer Erwerbstätigkeit keine Leistung zur Deckung des notwendigen Lebensunterhaltens und des Wohnbedarfes erhalten, die Leistung des Wiedereinsteigerbonus in Anspruch nehmen, wenn ihr Einkommen aus der Erwerbstätigkeit unter dem Grenzwert von 140 % des Mindeststandards gemäß § 11 Abs. 1 Z. 1 liegt.

Der Wiedereinsteigerbonus wird im Rahmen der Hoheitsverwaltung auf Antrag der Hilfe suchenden Person gewährt, soweit diese nicht die Anzeigepflicht nach § 23 Abs. 1 verletzt. Im Falle der Verletzung der Anzeigepflicht hat die Behörde den Wiedereinsteigerbonus nicht zu gewähren oder die mit Bescheid zuerkannten Bonusleistungen im Sinne des § 20 Abs. 2 einzustellen.

Bei Antragstellung gilt die Mitwirkungspflicht nach § 17, da es sich um eine Leistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung handelt. Bei Verletzung dieser Mitwirkungspflicht kann daher der Antrag auf den Wiedereinsteigerbonus gemäß § 20 Abs.1 auch abgewiesen werden.

Zu Z. 10 (§ 18 Abs. 2 Z.7)

Die Regelung hinsichtlich der Mitwirkungspflicht der Finanzbehörden soll durch den vorliegenden Entwurf erweitert werden, um eine effektive und nachhaltige Kontrolle besser gewährleisten zu können.

Zu Z. 8 und Z.11 (§ 9 Abs. 3 und § 24 Abs. 1)

Zur Vermeidung von ungerechtfertigtem (widerrechtlichem) Bezug von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung soll durch den vorliegenden Entwurf die Durchführung der Kontrolle konkretisiert werden. Da die Bedarfsorientierte Mindestsicherung eine subsidiäre Leistung darstellt, ist diese nur so weit zu gewähren, als

die arbeitsfähige Hilfe suchende Person bereit ist ihre Arbeitskraft für eine zumutbare Beschäftigung einzusetzen und der jeweilige Bedarf nicht durch eigene Mittel oder durch Leistungen Dritter tatsächlich gedeckt wird. Durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung sollen Personen weitest möglich befähigt werden, soziale Notlagen aus eigener Kraft abzuwenden und dauerhaft zu überwinden.

Um dem Ziel der bedarfsorientierten Mindestsicherung, der (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt eine größere Bedeutung zukommen zu lassen, scheint es angebracht, „Langzeitbezieher“ verstärkt in Augenmerk zu nehmen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der beiliegende Entwurf betreffend die Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes (NÖ MSG) wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem SOZIALAUSSCHUSS so zeitgerecht zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 11. Juni 2015 möglich ist.